

28.11.2023

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu dem **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/6806

2. Lesung

Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung

Titel 684 23 Beratungsleistungen gegen Islamismus

Erhöhung des Baransatzes

HH 2024

von 250.000 Euro
um 50.000 Euro
auf 300.000 Euro

Ansatz lt. HH 2023

250.000 Euro

Begründung

Insbesondere seit dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf den Staat Israel nehmen Machtdemonstrationen von Islamisten zu. Erst jüngst wurde auf einer islamistischen Demonstration in Nordrhein-Westfalen die Entstehung eines Kalifats in Deutschland gefordert.

Die jihadistische Ideologie bleibt weiterhin ein Nährboden für terroristische Gewalt, wodurch die Gefahr von islamistisch motivierten terroristischen Anschlägen in Deutschland fortbesteht. Dies wird nicht zuletzt durch den mutmaßlich geplanten Anschlag in Castrop-Rauxel an Silvester 2022 oder die Festnahme eines Terrorverdächtigen in Duisburg im Oktober 2023 verdeutlicht.

In diesem Jahr hat bereits ein islamistischer Terroranschlag in Duisburg stattgefunden, bei dem mindestens vier Menschen schwer mit einem Messer verletzt wurden.

Angesichts dieser Entwicklungen erweist sich die Erhöhung der Finanzmittel für Beratungsleistungen gegen Islamismus als unabdingbar. Nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln kann schnell und niedrigschwellig auf den gestiegenen Bedarf an Interventionen reagiert werden. Die Beratungsstellen spielen eine entscheidende Rolle, um der Herausforderung islamistischer Radikalisierungsprozesse und Gewalt kompetent zu begegnen.

Henning Höhne
Marcel Hafke

und Fraktion